

Stadtpunkte

8/9|22



IM FOKUS

Bund und Land müssen endlich klare Ergebnisse für Flüchtlingsaufnahme liefern

Allianz für mehr Wohnungsbau will mehr Wohnungen und besseren Mieterschutz

AUS DEN STÄDTEN

Pilotprojekt „Digitales Schülerticket“ bringt Vorteile für Antragstellende, Schulen und Kommunen

FACHINFORMATIONEN

KALEIDOSKOP

GERN GESEHEN

„Meffis“ machen das Aachen von morgen spürbar



Treffen zum vertraulichen Gespräch über die Energiekrise, Geflüchtete und weitere Zusammenarbeit. (Von links) Helmut Dedy, Geschäftsführer Städtetag NRW; Ministerpräsident Hendrik Wüst und Oberbürgermeister Thomas Kufen, Vorsitzender Städtetag NRW aus Essen. (Foto: Staatskanzlei NRW)



Bund und Land müssen endlich klare Ergebnisse für Flüchtlingsaufnahme liefern

Mit Blick auf die Ergebnisse des Flüchtlings-spitzengesprächs von Bund, Ländern und Kommunen am 11. Oktober in Berlin bewertet der Vorsitzende des Städtetages NRW, Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen die Situation als sehr ernst. Für viele Städte sind die Unterbringung, Versorgung und Integration der Menschen schon jetzt eine große Herausforderung, die nur gemeinsam mit Bund und Land zu bewältigen ist. Kufen sagte dazu am 12. Oktober gegenüber Medien:

„Wir Städte in NRW stehen weiter zu unserer Verantwortung: Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, braucht mehr als nur ein Dach über dem Kopf, sondern Schutz, Sicherheit und nach Möglichkeit auch eine Perspektive. Deshalb war es höchste Zeit für das Spitzentreffen von Bund, Ländern und Kommunen. Dem sollen weitere folgen, um sich über aktuelle

Fluchtentwicklungen abzustimmen. Das begrüßen wir.

Wir blicken mit großer Sorge auf den kommenden Winter, das haben Bund und Länder verstanden. Die Lage in vielen Kommunen ist sehr ernst. Die Unterbringungskapazitäten reichen für neuankommende Geflüchtete nicht mehr aus. Schon jetzt liegen die Flüchtlingszahlen in den großen NRW-Städten auf dem Niveau des Krisenjahrs 2015. Wir müssen davon ausgehen, dass die Zahlen im Winter weiter ansteigen werden.

Die kommunalen Unterbringungskapazitäten sind in vielen Städten voll belegt und Notunterkünfte und Containerdörfer werden wieder aufgestellt. Deshalb hilft es etwas, wenn der Bund weitere 56 Bundesimmobilien mit insgesamt 4.000 Plätzen zur Verfügung

stellen will. Geflüchtete sollen dort dauerhaft eine neue Heimat finden können. Wir hoffen, dass wir bald erfahren, welche Immobilien davon in NRW liegen. Auch das Land muss prüfen, welche eigene Immobilien noch unbürokratisch bereitgestellt werden können. Außerdem brauchen wir eine klare Steuerung und Verteilung der neuankommenden Flüchtlinge durch den Bund. Und das Land muss sicherstellen, dass Städte, die schon jetzt viele Ukrainer aufgenommen haben, bei der Zuweisung von Geflüchteten aus anderen Herkunftsländern entlastet werden.

Bei den offenen Fragen für die Flüchtlingsfinanzierung sowohl aus der Ukraine als auch aus anderen Ländern setzen wir auf die Zusage von Ministerin Faeser: Anfang November beim Treffen von Bund und Ländern müssen endlich klare Ergebnisse vereinbart werden. Denn bisher fehlt den Städten jede Planungssicherheit. Und Treffen bei der Innenministerin sind immer nur zweitbeste Lösungen. Wir erwarten, dass der Bundeskanzler zum Flüchtlingsgipfel einlädt.“

Bereits einen Tag zuvor hatte sich der Vorsitzende des Städtetages NRW gegenüber dem Kölner Stadt-Anzeiger (KStA) geäußert und gesagt: „Wir brauchen eine zentrale Erfassung und Unterbringung, so wie seinerzeit

die Aufnahmeeinrichtung Unna-Massen Zuwanderern in den ersten Monaten nach ihrer Ankunft Orientierung bot. Über ein solches Modell sollten Bund und Länder auch bei der künftigen Aufnahme von Geflüchteten nachdenken.

Wir dürfen jetzt nicht die gleichen Fehler machen wie 2015. Schon jetzt liegen die Flüchtlingszahlen in den großen NRW-Städten auf dem Niveau des Krisenjahrs 2015. Die Unterbringungskapazitäten reichen für neuankommende Flüchtlinge nicht mehr aus.“ Die kommunalen Unterkünfte seien in vielen Städten voll belegt, sagte Kufen. 2015 sei nur auf Sicht gefahren worden, und genau in diese Falle drohten wir jetzt wieder zu tappen. „Es wäre fatal, wenn die Bundesregierung aus den Fehlern der Vergangenheit jetzt nicht die politischen Schlussfolgerungen ziehen würde“, so Kufen.

Entscheidungen, die unter Druck getroffen werden, zögen oft höhere Folgekosten nach sich. „So waren manche Turnhallen, die 2015/2016 für wenige Monate als Notunterkunft dienten, oft länger als ein Jahr nicht mehr nutzbar, weil sie aufwendig saniert werden mussten“, erklärte Kufen. Viele Vereine wollten gerade nach Corona ihre Hallen deshalb nicht mehr zur Verfügung stellen.

Titelfoto: Gute Hoffnung

... ist der Titel eines aktuellen Stücks am Theater Oberhausen (Foto: Axel J. Scherer). „Wir befinden uns in einer tiefen Erschütterung“ und „fast alle Gewissheiten einer gefühlt sicheren Normalität stehen in Frage“ schreibt Intendantin Kathrin Mädler auf der Theater-Webseite. Angesichts von Krieg, Flucht, Vertreibung, Klimakrise, Angriffen auf demokratische Fundamente und gesellschaftlicher Spaltung will sich das Theater empathisch zeigen, Menschen zusammenbringen, Mut ausstrahlen, Hoffnung geben und Gestaltungswillen zeigen.

Dazu passt gut, dass die Kulturstiftung des Bundes jetzt klimaneutrale Kulturprojekte im Theater Oberhausen fördert. Im Rahmen des Fonds „Zero – Klimaneutrale Kunst- und Kulturprojekte“ sollen klimaneutrale Produktionsformen und neue Ästhetiken einer ökologischen Nachhaltigkeit erprobt werden können. Bundesweit steht für 26 Projekte ein Gesamtvolumen von 3,04 Millionen Euro bereit.

<http://www.kulturstiftung-des-bundes.de/zero>



Begrüntes Wohnviertel in Essen (Foto: Gerhard stock.adobe.com)

Allianz für mehr Wohnungsbau will mehr Wohnungen und besseren Mieterschutz

Auf Initiative von Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, hat sich die „Allianz für mehr Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen“ neu konstituiert. Der Zusammenschluss des Ministeriums mit Verbänden der Bau- und Wohnungswirtschaft, den kommunalen Spitzenverbänden, der landeseigenen Förderbank, der NRW.BANK, und dem Mieterbund Nordrhein-Westfalen hat zum Ziel, mit gemeinsamen Initiativen den Wohnungsbau und den Mieterschutz in Nordrhein-Westfalen weiter voranzutreiben.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen: „Steigende

Heiz- und Strompreise, anziehende Baupreise, Engpässe bei Baumaterialien und Handwerksfirmen, steigende Zinsen, hohe Inflation, unklare bundespolitische Vorgaben zur Förderung der Energieeffizienz bei Gebäuden: Derzeit prasselt nahezu alles auf den Wohnungsmarkt ein. In diesen unsicheren Zeiten setzen wir ein Zeichen der Sicherheit und der Verbundenheit, um gemeinsam mehr für den Wohnungsbau und den Mieterschutz zu erreichen. Die ‚Allianz für mehr Wohnungsbau Nordrhein-Westfalen‘ ist dafür das richtige Format. Das Bündnis bringt alle wichtigen Partner für den Wohnungsbau an einen Tisch und wird sich für mehr Wohnungsbau – öffentlich gefördert und frei finanziert, für mehr Eigentumsbildung, für

die Stärkung von Wohnungsbeständen auch außerhalb der Ballungszentren, für die Schaffung von mehr rollstuhlgerechtem Wohnraum und mehr Mieterschutz einsetzen.“

Die „Allianz für mehr Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen“ hatte sich auf Initiative von Ministerin Scharrenbach erstmals 2018 gegründet. Mit der Konstituierung stoßen nun der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V., die Bauverbände Nordrhein-Westfalen e.V., die kommunalen Spitzenverbände, die Architektenkammer, der Deutsche Mieterbund Nordrhein-Westfalen e.V. und die landeseigene Förderbank, die NRW.BANK, dazu.

„Ich freue mich, dass die Allianz jetzt auf einem noch breiteren Fundament steht. Die Partner ziehen zusammen mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen an einem Strang, wenn es darum geht, Wohnungen zu schaffen und Mieterschutz zu garantieren“, so die Ministerin weiter.

Alexander Rychter, Direktor des Verbands der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen, erklärt stellvertretend für die Wohnungswirtschaft: „Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen ist und bleibt die Wohnungswirtschaft ein zentraler Partner der Allianz. Wir werden uns auch weiterhin für die energetische Modernisierung der Wohnungsbestände und den bezahlbaren Wohnungsneubau in Nordrhein-Westfalen einsetzen.“

Die Geschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände Helmut Dedy (Städtetag

Nordrhein-Westfalen), Dr. Martin Klein (Landkreistag Nordrhein-Westfalen) und Christof Sommer (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen):

„Wir unterstützen das Ziel des Landes, in den kommenden fünf Jahren mindestens 45.000 neue mietpreisgebundene Wohnungen zu bauen. Wir wissen, wie schwer das unter den aktuellen Bedingungen wird. Deshalb ist die Allianz der richtige Weg, um mit allen Beteiligten den Weg für mehr bezahlbaren Wohnraum zu ebnen: Wir brauchen zügig mehr Bauland, in vielen Gebieten ist der Wohnungsmarkt angespannt. Es müssen Gebäude entstehen, die für die richtige Zielgruppe gebaut werden, die am geeigneten Standort stehen und kostengünstig sind.“

Zudem müssen sie auch die Ansprüche an Klimaschutz und Klimaanpassung erfüllen. Förderinstrumente, Innovation und Digitalisierung beim Wohnungsbau wollen wir deshalb gemeinsam vorantreiben.“

Stellvertretend für die Mieterinnen und Mieter erklärt Hans-Jochem Witzke, erster Vorsitzender des Deutschen Mieterbunds Nordrhein-Westfalen: „Besonders in den Ballungsräumen benötigen wir deutlich mehr geförderte Mietwohnungen. Für viele Menschen sind diese die einzige dauerhaft bezahlbare Alternative. Der Deutsche Mieterbund Nordrhein-Westfalen möchte konstruktiv und die Interessen der künftigen Nutzer während mit den anderen Akteuren zielstrebig dafür kämpfen.“

Mitglieder der Allianz für mehr Wohnungsbau

- Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung NRW
- Städtetag NRW
- Landkreistag NRW
- Städte- und Gemeindebund NRW
- Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen

- BFW NRW (Landesverband des Bundesverbandes freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V.)
- Haus & Grund NRW
- Haus & Grund Rheinland Westfalen
- Architektenkammer NRW
- Deutscher Mieterbund NRW
- Bauindustrieverband NRW e.V.
- Bauverbände NRW e.V.
- NRW.BANK

Pilotprojekt „Digitales Schülerticket“ bringt Vorteile für Antragstellende, Schulen und Kommunen

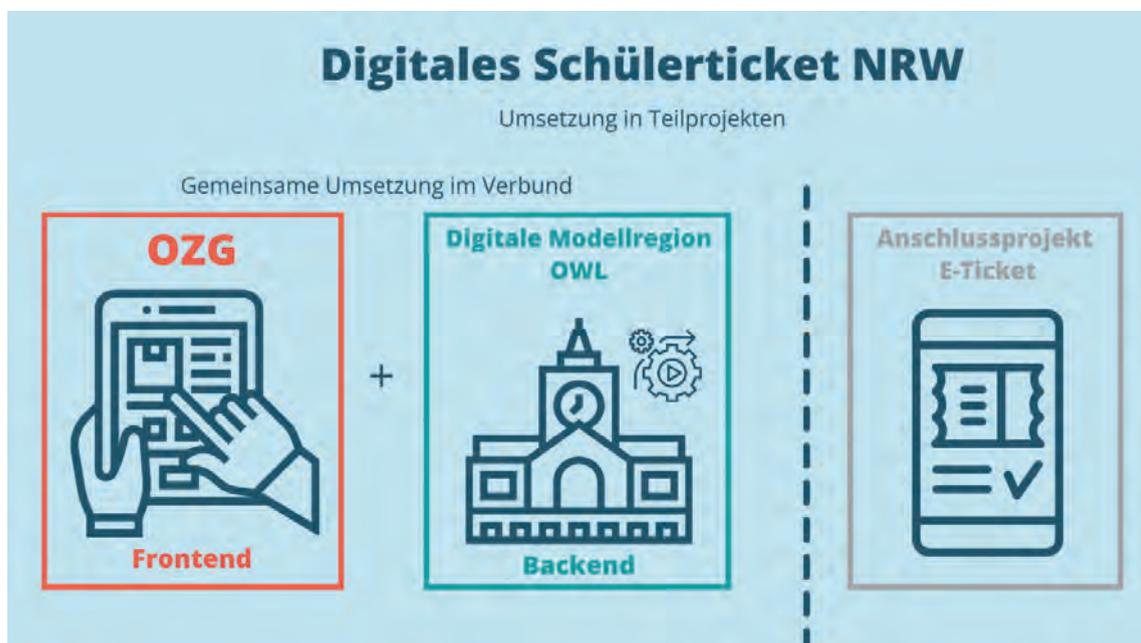
Die vom Land Nordrhein-Westfalen geförderten „Digitalen Modellregionen“ folgen der Erkenntnis, dass wechselseitiges Voneinanderlernen, eine Best-Practice-Kultur und interkommunale Kooperationen die besten Ergebnisse erzielen. Als digitale Pioniere erschließen die fünf Modellregionen Aachen, Bergisches Städtedreieck, Emscher-Lippe, Ostwestfalen-Lippe und Soest Lösungen für alle Kommunen. Der KDN unterstützt die beteiligten Kommunen in den Modellregionen dabei, in hohem Maße untereinander vernetzt zu agieren und praktikable Lösungsansätze für Digitalisierungsprojekte modellhaft zu entwickeln und zu erproben. Die schnelle und reibungslose Übertragbarkeit aller so entwickelten Erfolgsbeispiele steht im Mittelpunkt der Anstrengungen.

Das Projekt „Digitales Schülerticket“ zeigt auf, wie sich Digitalisierungsvorhaben aus unterschiedlichen Förderprogrammen ergänzen. Hier wird neben dem Online-Antrag auch eine digitale Benutzeroberfläche entwickelt, über die Anträge für Schülertickets medienbruchfrei vom Antragseingang bis zur Ticketbestellung bearbeitet werden

können. Ziel ist die Automatisierung des gesamten Bearbeitungsverfahrens, bei dem nur in Sonderfällen eine manuelle Prüfung durch die Sachbearbeitung notwendig ist. Das Vorhaben besteht aus einem OZG-Projekt (Frontend) und einem Projekt der Digitalen Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Backend und Automatisierung). Anschließend werden die Ergebnisse durch das Anschlussvorhaben „E-Ticket NRW“ des Kompetenzzentrums Digitalisierung NRW (KCD) weitergeführt.

Näheres dazu: <https://digitalemobilitaet.nrw/projekte/efm-technologien/digitalisierung-schuelerticket.html>

Die Verbundpartner Stadt Bielefeld, Stadt Gütersloh und regio iT GmbH bilden zusammen mit den assoziierten Partnern ein großes Projektkonsortium. So wird eine Vielfalt von regionalen Strukturen in NRW abgebildet. Das ermöglicht es, dass alle Kommunen die entwickelten Lösungen nutzen können. Der KDN unterstützt das Projekt in Form





Grafik: KDN

von Marketing, Beratung, OZG-Koordination und Projektmanagement und stellt darüber hinaus in seiner Datenbank aktuelle Informationen bereit:

<https://ozg.kdn.de/dmr-umsetzungsprojekte/details/das-digitale-schulerticket>.

Die Lösung befindet sich in der letzten Phase der Entwicklung und wird derzeit von im Projekt beteiligten Kommunen getestet.

Zeitnah soll die Testphase auch für weitere assoziierte Partnerkommunen geöffnet werden. Der Abschluss des Projektes ist für das erste Quartal 2023 geplant.

Bei Fragen und Interesse zur Nachnutzung wenden Sie sich bitte an den Gesamtprojektleiter Jörg Möllenbrock (Joerg.Moellenbrock@guetersloh.de), den technischen Projektleiter Michael Rosenthal (michael.rosenthal@regioit.de) oder an die OZG-Themenfeldkoordinatorin Wiebke Borchert (Wiebke.Borchert@kdn.de).

Die Verwaltungsdigitalisierung läuft auf Hochtouren

Viele Kommunen nutzen die Chance des Onlinezugangsgesetzes (OZG), ihre Verwaltungsleistungen digital über Portalstrukturen anzubieten und dabei auch ihre Prozesse vollständig zu modernisieren – mehr Transparenz und weniger Bürokratie lautet die Devise. Der Vorteil? Online-Dienste schaffen die Möglichkeit, Services einfach und schnell rund um die Uhr für Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen. Der KDN unterstützt Kommunen und ihre IT-Dienstleister mit einem vielfältigen Beratungs- und Informationsangebot beim digitalen Wandel und hat eine Reihe von OZG-Projekten etabliert, die in interkommunalen Arbeitsgruppen bearbeitet werden.



Baukulturkongress 2022 in Gelsenkirchen

Wie kann Baukultur zu einem Thema in der Schule werden? Mit welcher Perspektive ist eine zukunftsfähige baukulturelle Bildung vermittelbar? Fragen wie diese stehen am 17. und 18. November 2022 im Mittelpunkt beim Baukulturkongress in Gelsenkirchen. Auf dem Programm stehen Beiträge aus Forschung und Praxis, Vorträge von internationalen Gästen und Dialogformate.

<https://building-bildung.de>

EFRE/JTF-Programm NRW 2021-2027 gestartet

Kommunen können Projekte aus den Themenfeldern Innovation, Nachhaltigkeit, Mittelstandsförderung, Lebensqualität, Mobilität und Strukturwandel in Kohlerückzugsregionen wieder aus dem EFRE/JTF-Programm der EU-Kommission fördern lassen. Für entsprechende Projekte stehen bis 2027 insgesamt 4,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Details zum Programm, Aufrufe und Wettbewerbe unter

<https://www.efre.nrw.de>

Studie zum Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik

Frauen sind in Wahlämtern und Schlüsselpositionen in den Kommunalparlamenten und in der Kommunalverwaltung noch nicht repräsentativ vertreten, doch der Trend ist positiv. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung. Dafür wurden Daten aus 77 deutschen Großstädten und den drei Stadtstaaten ausgewertet. Die oberen Plätze im Ranking belegen die Städte Offenbach, Göttingen und Aachen.

<https://www.boell.de/de/2022/09/20/repraesentation-von-frauen-der-kommunalpolitik>



Hilfetelefon „Schwangere in Not“

Unter dem Motto „Ein Anruf, der viel bewirkt“ läuft eine Öffentlichkeitskampagne. Sie soll Hilfsangebote für Schwangere bekannter machen und auf das Hilfetelefon hinweisen. Unter 0800 40 40 020, aber auch online gibt es Informationen und eine kostenlose anonyme Beratung. Auch per E-Mail und Chat stehen professionelle Beraterinnen den Ratsuchenden rund um die Uhr zur Verfügung.

<https://www.hilfetelefon-schwangere.de>



Fortsetzung des Kita-Helfer-Programms wahrscheinlich

Vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers können Kita-Helferinnen und -Helfer bis zum Ende des Kindergartenjahres 2022/2023 das pädagogische Personal in den Kindertageseinrichtungen bei einfachen, alltäglichen, nicht-pädagogischen Arbeiten weiter entlasten. Gefördert werden Personalausgaben für zusätzliche Hilfskräfte und für die Aufstockung von Stunden bei vorhandenem nicht-pädagogischen Personal.

Informationen für interessierte Personen unter ich-hilfe-mit.nrw



Broschüre zu Migration und Vielfalt in der Kulturverwaltung

Der Kultursektor sollte sich diverser aufstellen und dafür Personal, Programm und Publikum in den Blick nehmen. Das sei zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe und Gerechtigkeit aber auch mit Blick auf die Publikumswirksamkeit geboten. Zu dieser Einschätzung kommt eine Studie der Kulturpolitischen Gesellschaft (Kupoge) und des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück (IMIS). Die Untersuchung ist abrufbar unter:

<https://www.staedtetag-nrw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=8697&token=e72c61b897c649a7dd29ba18f709d-989191b8d21>





Deutscher Kitapreis (Foto: DKJS Lukas Schramm)

Deutscher Kita-Preis für Projekte in Dortmund und Duisburg

Münsteraner Bauprojekt ist ein Gewinner beim Deutschen Bauherrenpreis

Das Wohnquartier Arnheimweg in Münster-Gievenbeck gehört zu den fünf Hauptgewinnern beim diesjährigen Deutschen Bauherrenpreis. Das neue Wohnquartier mit 65 Wohnungen in fünf Gebäuden zeichnet sich u.a. aus durch den lichten Charakter, die durchgehende Drei-Geschossigkeit und das klare Volumen der einzelnen Häuser. Der Deutsche Bauherrenpreis ist der wichtigste Preis im deutschen Wohnungsbau und wird von den Verbänden GdW, BDA und Deutscher Städtetag seit 1986 vergeben.

<http://www.deutscherbauherrenpreis.de>

Projekte aus Dortmund und Duisburg haben beim Deutschen Kita-Preis in der Kategorie „Lokales Bündnis für frühe Bildung des Jahres 2022“ den zweiten Platz bekommen. Die Kulturkitas in Dortmund fördern Chancengleichheit und interkulturelle Kompetenz z. B. über Theaterprojekt und Leseangebote in verschiedenen Sprachen. Das Duisburger Bündnis Hochfeld macht in einem hoch belasteten Stadtteil spezielle Angebote auf Spiel- und Marktplätzen oder direkt in den Wohnungen.

<https://www.staedtetag-nrw.de/ueber-uns/aus-den-staedten/deutscher-kita-preis-2022>



Deutscher Bauherrenpreis Bauprojekt Münster (Foto: Jürgen Schmidt)



(Fotos: Birgit Wergen)



„Meffis“ machen das Aachen von morgen spürbar

Farbenfroh gestaltete Räume in der Mefferdatisstraße geben einem diversen und interdisziplinären Team aus studentischen und nicht-studentischen Initiativen, Anwohner*innen, engagierten Aachener Bürger*innen und Visionär*innen einen Ort, von dem aus sie das Leben in der Stadt bunter und lebenswerter machen wollen. In vier ehemaligen Ladenlokalen in der Aachener Mefferdatisstraße haben sie ein soziokulturelles Zentrum aufgebaut, an dem die sozial-ökologische Transformation der Stadt diskutiert, gestaltet und erlebt werden kann. Es liegt in direkter Nachbarschaft zum derzeit größten städtebaulichen Projekt der Aachener Altstadt.

„Wir wollen die Stadt von morgen schon heute spürbar machen!“, lautet das Motto der Pionier*innen am Büchel, die mit Unterstützung der Stadt Aachen einen Freiraum für Begegnung, gesellschaftliches Engagement und kreative Entfaltung geschaffen haben und damit zu einem lebendigen und vielfältigen Miteinander in Aachen beitragen. Denn: Gesellschaftliche Veränderung ist eine gemeinsame Aufgabe, die man nicht vom reinen Planungstisch aus erledigen kann.

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin
der Stadt Aachen



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Daniela Schönwälder,
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,
Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, Oktober/November 2022